

# Indien mit den Augen des Westens

VON

Hans-Georg Wieck

## 1 Zweifel an der Lebensfähigkeit des multikulturellen indischen Gesamtstaates

Vom indischen Ozean umspült und durch das gewaltige Himalaja-Gebirge begrenzt, entwickelt sich auf dem indischen Subkontinent seit 50 Jahren auf der Grundlage einer demokratischen Staatsverfassung ein Staatsvolk, dessen Gemeinsamkeit - bei einer Unzahl von Unterschieden - die Anwendung eben des demokratischen Prinzips bei der Bildung der Regierungen und der Verabschiedung von Gesetzen ist. Das Überleben des indischen Staates ist von der „gelebten“ Anerkennung der großen Unterschiede abhängig, die zwischen den Menschen und ihrem jeweiligen sozialen und religiösen Umfeld, also zwischen nunmehr einer Milliarde Menschen, bestehen: Sprache, Religion, überlieferte soziale Stellung, Rassen, tradierte Geschichte, aber auch die von extremen Klimaunterschieden bestimmten unterschiedlichen Lebensweisen. Indien ist kein Schmelztiegel der Kulturen, sondern eine Lebensordnung, in der sehr unterschiedliche Strukturen unter der Bedingung zusammenleben können, im Wege der Herrschaft des Rechts und der demokratischen Regierungs- sowie Willensbildung die äußeren und inneren Probleme regeln zu können. Es gibt keinen dominierenden Bundesstaat - wie etwa mit Preußen im Deutschen Reich zwischen 1871 und 1918 oder Rußland in der Sowjetunion -, es gibt auch keine allen Bewohnern wesentliche gemeinsame kulturelle oder zivilisatorische Basis bei Anerkennung aller durchaus bestehenden ethnischen Besonderheiten wie etwa in der Schweiz. Es entfällt auch die Dominanz und kulturell-politische Identität einer staatsgründenden Einwanderungsgruppe, wie es in den britischen Kolonien auf dem nordamerikanischen Kontinent, den späteren Vereinigten Staaten von Amerika, der Fall war. Im Ringen mit der historisch gewachsenen Kastenordnung des Hinduismus sind immer neue Initiativen mit dem Ziel ergriffen worden, sich aus dieser Zwangsjacke zu befreien - vor allem über andere Religionen ist dies versucht worden. Erst die indische nationale Unabhängigkeitsbewegung mit ihrer volksnahen, in den Regionalsprachen vermittelten Ideologie eines geeinten unabhängigen Indien hat mit dem Prinzip



der Gleichheit aller vor dem Gesetz sowie einer Regierungsbildung und Gesetzgebung nach demokratischen Mehrheitsregeln die Emanzipation der unteren Kasten und der Volksstämme, der Ureinwohner von der Kastenherrschaft möglich gemacht. Die Raum und Zeit überwindenden Kommunikationsmittel des Verkehrs, der Medien und der Ausbildung wurden die Transmissionsriemen der Moderne in Indien. Indien hat heute einen Angehörigen der unteren Kasten als Staatspräsidenten. Die hier skizzierte Entwicklung hat seit 1947 im unabhängigen Indien Gestalt angenommen - ohne Revolution, ohne Militärputsch. Örtliche, ja regionale Gewaltanwendung hat es im Ringen um Autonomie oder zwischen religiösen und sozialen Gruppen immer wieder gegeben. Gelegentliche separatistische Ausbruchsversuche und gewaltsame Aufwallungen religiöser Eiferer sowie der Mißbrauch politischer Macht mittels Ausnahmegesetzgebung (Emergency Law) sind in demokratischen Entscheidungsprozessen, meist im Wege von Neuwahlen, entschärft worden.

Der Subkontinent war im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung immer wieder Zielpunkt von Migrationen und machtpolitisch motivierten Invasionen. In der Neuzeit hat er die Fremdherrschaft durch die in Europa und auf den Märkten um Vormacht ringenden rivalisierenden europäischen Mächte erlebt. Indien hat sie mit der auf dem Prinzip der Gewaltlosigkeit beruhenden indischen Unabhängigkeitsbewegung (1885-1947) überwinden können. Dabei hat die Schwächung der imperialen Mächte Europas durch die Weltkriege eine wichtige Rolle gespielt. Das unabhängige Indien hat dann Jahrzehnte hindurch eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die auf Autarkie und staatliche Steuerung ausgerichtet war. Diese Politik hat die wirtschaftliche Entwicklung Indiens im Vergleich zu der anderer Volkswirtschaften um Jahrzehnte zurückgeworfen. Vielleicht war das der unvermeidbare Preis für die Erfüllung der prioritären Aufgabe, ein indisches Staatsbewußtsein entstehen zu lassen, das es ja bis in die Gegenwart hinein nicht gab - wenn überhaupt, dann in Form des solidarischen Kampfes gegen die Kolonialmacht. Nun allerdings - seit 1991 - ist Indien auf dem Wege, Versäumtes nachzuholen. Darin liegt die Bedeutung der liberalen Wirtschaftspolitik, die nach dem Ende des Kalten Krieges und parallel zur Auflösung der Sowjetunion im Sommer 1991 eingeleitet wurde. Die Liberalisierung hat auf dem indischen Subkontinent enorme Energien freigesetzt.

Nach seiner Verfassung ist der indische Staat ein säkularer Staat. Seine Verfassung ist von keinem spezifischen Gottesbild, von keiner spezifischen Religion geprägt. Er garantiert individuelle Religionsfreiheit und respektiert Religionsgemeinschaften. Im Prinzip soll sich das Familien-, Ehe- und Erbrecht nach einem vom Parlament verabschiedeten zivilrechtlichen Gesetz richten. Dies ist aber heute nur eine Option, denn das Parlament hat durch gesetzliche Regelungen auch spezifische Gesetze für die verschiedenen Glaubensrichtungen und deren Rechtsordnung für das Familien-, Ehe- und Erbrecht verabschiedet. Der säkulare Status des Staates ist auch eine Reaktion auf die von



der britischen Kolonialmacht eingeführte Trennung der Wahlkollegien nach hinduistischer oder muslimischer Glaubenszugehörigkeit. Es gibt heute keine reservierten Sitze im Parlament für kirchlich oder religiös gebundene Bevölkerungsgruppen, wohl aber ein Quotensystem für die unteren Kasten und Urbewohner. Auf der untersten Verwaltungsebene werden seit 1992 33 Prozent der Sitze in Gemeinde- und Kreisräten Frauen vorbehalten. Die unteren Kasten und Stämme sind entsprechend ihren Bevölkerungsanteilen in diesen parlamentarischen Selbstverwaltungsgremien - quotenmäßig gesichert - vertreten. Grundsätzlich folgt Indien dem Modell des säkularen Staates, der dem einzelnen Religionsfreiheit und Bildung religiöser Gemeinschaften gestattet, diesen aber werden außer im Personenstandswesen keine verfassungsmäßig und gesetzlich bestimmten Funktionen, auch keine Privilegien eingeräumt. Das wäre angesichts der „Unorganisiertheit“ der meisten Religionsgemeinschaften in Indien auch kaum möglich. Der Schutz des individuellen Rechts auf Glauben und die Bildung von Vereinigungen drückt sich vor allem in der Anerkennung des religiös geprägten Personen- und Familienrechts aus. Der indische Staat, der nach der Verfassung ein Zivilrecht zu schaffen hat, konnte dieses Zivilrecht nur im Sinne einer Option durchsetzen und hat die religiös bestimmten Regelungen als Alternativen verrechtlichen müssen. Der Gesetzentwurf über einen Hindu Code, der den aus der Kolonialzeit stammenden Hindu Personal Code ablösen sollte, scheiterte. Die Materie wurde dann in drei getrennten Gesetzen behandelt:

- im Hindu Marriage Act, mit dem Polygamie verboten wird und mit dem auch Heiraten zwischen Angehörigen verschiedener Kasten und Fragen der Ehescheidung geregelt werden,
- im Adoptions- und Unterhaltsrecht, das auch die Adoption von Mädchen zulässt,
- im Hinduerbfolgegesetz, das Töchter den Witwen und Söhnen gleichstellt.

Die hinduistische Partei BJP kritisiert die gegenwärtige Rechtslage, weil die Zivilehe entgegen Artikel 14 der indischen Verfassung nicht vollständig durchgesetzt wurde, wohl aber das Hindurecht korrigiert, das Muslimrecht aber unangetastet gelassen wurde.

Die Vielfalt Indiens ist beispiellos. Das gilt in fast jeder sozialen Beziehung, im Nebeneinander verschiedener Religionen, die zudem meist auch auf dem Subkontinent begründet wurden, in sozialer Hinsicht vor dem Hintergrund der in der Geschichte gewachsenen Kastenstrukturen und der Unterschiede zwischen Mittelschicht und Armut aufgrund zeitgenössischer Entwicklungen, aber auch in ethnischer, also sprachlicher Beziehung mit fast 20 Regionalsprachen und mehr als 1.000 weiteren Sprachnischen.

Von der territorialen und bevölkerungsbezogenen Größe her betrachtet, von seinen wirtschaftlichen Perspektiven her gesehen, von der Qualität dieses großen Entwicklungslandes als funktionierender Demokratie her beurteilt,



sollte dieses Land in den Schlüsselinstitutionen der internationalen Staatengemeinschaft gleichberechtigt und mitverantwortlich vertreten, ja unbedingt unmittelbar vertreten sein. Aber das ist nicht der Fall. Indien gehört nicht zu den Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Es gibt vielfältigen, aber unterschiedlich begründeten Widerstand gegen die Einbeziehung Indiens als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates mit Vetorecht, in ein Gremium also, das bei allen internationalen Sicherheitsfragen eine entscheidende Rolle spielt. Indiens Forderung nach universaler, kontrollierter Abschaffung aller Nuklearwaffen innerhalb einer bestimmten zeitlich begrenzten Frist als Voraussetzung für die indische Bereitschaft, dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag und dem Vertrag über die Einstellung aller nuklearen Versuche beizutreten, stößt in der internationalen Staatengemeinschaft auf wenig Verständnis und beeinträchtigt die Bereitschaft anderer Staaten, Indiens Anspruch auf einen Ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat zu unterstützen. Indien wird das Streben nach regionaler Vormacht unterstellt.

Bei Licht betrachtet, setzt die Einbeziehung Indiens in das Schlüsselgremium der internationalen Sicherheitspolitik, das Gremium also, von dem militärische Sanktionen international legitimiert werden können, die Bereitschaft der bestehenden und anerkannten Schlüsselländer wie USA, China, Rußland, Frankreich und Großbritannien zu einer kooperativen internationalen Sicherheitspolitik voraus, in der es keine dominierende Weltmacht gibt, sondern nur Mächtekonstellationen, die im Wege von Kompromissen Einvernehmen über internationales Krisenmanagement herstellen müssen. Das ist schon mit den jetzt im VN-Sicherheitsrat vertretenen fünf Mächten eine schwierige Sache - warum die Sache noch schwieriger machen, sagen die Kritiker einer Erweiterung der Zahl der Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat mit Vetomacht? Allein, das Gewicht dieser fünf Mächte nimmt im Weltmaßstab kontinuierlich ab, das der anderen Staaten entsprechend zu. Es ist abzusehen, an dem die Beschlüsse dieser fünf Mächte auf wachsenden Widerstand auf der internationalen Bühne stoßen. Die Erweiterung des Sicherheitsrates um weitere Staaten mit Vetorecht ist historisch, international-politisch und entwicklungsbezogen geboten und unvermeidbar.

Während des Kalten Krieges hat Indien sich als Sprecher der ungebundenen Staaten angesehen und damit auch moralische Positionen bei Fragen der Dekolonisierung, der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und auf dem Gebiet der internationalen Sicherheitspolitik besetzt. Aber im Widerstreit mit den Realitäten und den sicherheitspolitischen Zwängen seiner internationalen Lage mußte sich Indien auf ein De-facto-Bündnis mit der Sowjetunion einlassen, um im Verhältnis zu China, das sich in einen Gegensatz zur Sowjetunion begeben hatte und mit Pakistan militärisch zusammenarbeitete, der Gefahr eines weiteren Debakels vorzubeugen, wie Indien es bei dem chinesischen Truppeneinmarsch in Nordost- und Nordwestindien im Jahre 1962 hatte erleben müssen.



Die Glaubwürdigkeit der Position Indiens als Anführer der ungebundenen Länder nahm mit der offen zur Schau getragenen Unterstützung der Sowjetunion in der Afghanistankrise nach 1979 und in anderen Fragen der internationalen Politik Schaden.

Die Rolle eines im moralischen Sinne legitimierten „Führers“ der „Dritten Welt“ entfällt in der sich abzeichnenden neuen globalen Struktur mit zum Teil harmonisierenden, zum Teil konkurrierenden Interessen der fünf anerkannten Nuklearmächte. Ungeachtet der sich zum Teil überlagernden sicherheitspolitischen Interessen in einzelnen regionalen Szenarien nimmt die wirtschaftliche Verknüpfung zwischen den Antagonisten des Kalten Krieges - Rußlands mit dem Westen, Chinas mit dem Westen sowie Rußlands und Chinas miteinander - ständig zu und wird zu einem mitbestimmenden Faktor in der Beurteilung der politischen, ja auch der sicherheitspolitischen Beziehungen. Wo wäre in einer solchen Welt der angemessene Platz Indiens, das sich mit seinem großen Markt und seinen Potentialen dem Weltmarkt öffnet, das eine lebende Demokratie mit evolutionär sich vollziehendem sozialen Wandel darstellt und das anderen Regionen auf Toleranz gegründete kulturelle Vielfalt vorlebt? Es ist auch ein Subkontinent, dessen sicherheitspolitisch exponierte Lage letztlich nur durch eine eigene Vetomachtposition im VN-Sicherheitsrat stabilisiert werden kann.

Gleich anderen Demokratien unterliegt auch Indien innen- und außenpolitischen Orientierungsschwankungen - als Folge wechselnder Regierungskoalitionen. Westliche Unternehmen halten nach Meinungsumfragen Indien für politisch weniger stabil als die autoritär, z.T. kommunistisch-monolithisch regierten Staaten wie Indonesien oder China. Welch ein Irrtum! Indonesien und China haben den beschwerlichen Weg zur offenen Gesellschaft und zu demokratisch und gesetzlich geregelten Verfahren für den Übergang der Macht und die so fundierte Legitimation des Nachfolgers noch vor sich.

Der Umstand, daß Indien in den zurückliegenden Jahrzehnten beispielsweise im Autobau nicht über das aus Großbritannien in den sechziger Jahren eingeführte Kfz-Modell „Ambassador“ (Hindustan-Kraftfahrzeugbau) hinausgelangte, wurde von westlichen Medien als Beweis für die Unfähigkeit der indischen Volkswirtschaft interpretiert, moderne Technologien zu entwickeln und Qualitätsstandards des Weltmarktes zu erreichen. Die Defizite in der Modernisierung und die unbestrittenen Qualitätsdefizite waren jedoch Folge der indischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber nicht Folge fehlender zivilisatorischer Grundvoraussetzungen oder ausbildungsbedingter Mängel. In dem Maße, wie die dirigistische Wirtschaftspolitik geändert und die Herrschaft der Genehmigungsvorbehalte abgebaut wurde, hat sich die Forderung nach qualitativ hochwertiger Produktion für den Außen- und Binnenmarkt durchgesetzt. Am deutlichsten wird das bei der führenden Stellung, die sich die im Süden Indiens angesiedelte Softwareproduktion auf dem Weltmarkt



hat sichern können. Auf diesem Gebiet werden jetzt Umsätze von Milliarden US-Dollar auf dem internationalen Markt getätigt.

Das Phänomen des indischen Staates, des indischen Staatsvolkes, nämlich die Vielfalt der kulturellen Identitäten, die in Indien, wenn auch nicht gewaltfrei, aber doch hinreichend kooperativ und gesetzgebunden zusammenleben, und das Funktionieren des multikulturellen Staates auf der zentralen Ebene wie in den Unionsländern und auf kommunaler Ebene paßt nur schwer in die globale Struktur der Völker und Staaten, in denen die monokulturelle Basis die Norm, der Schmelztiegel und das gleichberechtigte Zusammenleben unterschiedlicher Ethnizitäten in subkontinentaler Dimension die Ausnahme sind. Während der „Herrschaft des Kalten Krieges“ trat diese Charakteristik des indischen Phänomens gegenüber den auf internationalen Konferenzen bekundeten ideologisch bestimmten Thesen Indiens in den kritischen Weltfragen wie Abrüstung und Entwicklungszusammenarbeit in den Hintergrund.

Heute kommen bei internen oder internationalen Spannungen die ethnischen und kulturellen Spezifitäten stärker als in der Vergangenheit ins Rampenlicht, so bei den Konflikten auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien, im Transkaukasus, in der Russischen Föderation selbst und in den baltischen Staaten. Spannungen gibt es auch in Indien - mit dem Unterschied, daß sie in der Regel im Wege des präventiven oder begleitenden Krisenmanagements und mit Mitteln der staatlichen Politik, also durch Kompromisse mit gesetzlichen und administrativen Anpassungen beigelegt, entschärft werden. So geschah es auch im Avodhya-Konflikt im Dezember 1992, als, von der hinduistischen Partei BJP und ihren militanten Organisationen angezettelt, die schon lange nicht mehr für religiöse Kulthandlungen benutzte Moschee an dem Platz, an dem vor der Mogulherrschaft in Indien ein bedeutender hinduistischer Tempel gestanden hatte, zerstört wurde.

In seiner Studie *The Idea of India* kontrastiert Sunil Kilnani<sup>1</sup> den Ayodhya-Konflikt als Symbolereignis der hinduistischen Partei BJP mit der Bedeutung des Corbusier-Entwurfs für das in den sechziger Jahren auf der grünen Wiese geplante und auch im wesentlichen ohne Abstriche realisierte Stadtprojekt Chandigar als Hauptstadt des geteilten Punjab (später Hauptstadt des Punjab und von Haryana) für den von Nehru geprägten modernen, säkular verfaßten indischen Staat. Nehru gab dem von ihm geformten Staat mit der Regionalhauptstadt Chandigar die Symbole des Säkularismus und des Humanismus mit auf den Weg. Nehrus Verfassung mit dem Akzent auf Menschenrechten, Demokratie und Säkularismus sei, so der Autor, nicht die Verfassung einer Volksbewegung, sondern die des humanistischen Aufklärers Nehru. Sie hat sich in der indischen Wirklichkeit als eine Staatsordnung erwiesen, die in den entscheidenden Fragen der staatlichen Kohäsion als im wesentlichen erfolgreich bewertet werden kann:

---

<sup>1</sup>Khilnani, Sunil, *The Idea of India*, 1997, Farrer, Strauß and Giroux.



- also am Anfang die Integration der über 500 Fürstenstaaten in den staatlichen Gesamtverband,
- dann die Durchsetzung der Toleranz für Religionsfreiheit und Personalstatus nach religiösem oder staatlichem Gesetz sowie
- die Überwindung der tradierten Kastenordnung mittels Quotenregelungen und Emanzipation im Wege der Erziehung.

Nicht erfolgreich hingegen war die von Nehru - ohne Verfassungszwang - betriebene zentralistische, dirigistische Wirtschaftspolitik, die nur zur Hypertrophie der Staatsverwaltung, zu ihrer Diskreditierung durch Bestechung und zur Degradation der Kongreßpartei, zur Unterhöhlung ihres Ansehens durch politische Manipulation und Ämterpatronage führte.

Historiker und Politiker in Großbritannien und in den USA haben die Befähigung Indiens zur Bildung eines Staatsvolkes immer bezweifelt. Shasht Tharoor erinnert uns in seiner unter dem Titel „E Pluribus, India - Is Indian Modernity Working?“<sup>2</sup> erschienenen Rezension des schon zitierten Buches von Khilnani, *The Idea of India*, daran, daß Winston Churchill Indien als „eine geographische Bezeichnung“ charakterisierte, „die genauso wenig ein Land bezeichnet wie der Äquator“. Churchill hatte damit natürlich nicht recht, fügt Tharoor hinzu, aber unbestritten bleibt, daß kein anderes Land der Welt eine größere Ansammlung ethnischer Gruppen und unterschiedlicher Sprachen, stärkere Unterschiede der Topographie und des Klimas sowie zahlreichere Religionen und kulturelle Praktiken aufweise als eben Indien. In der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen gibt es enorme Unterschiede. Indien sei weder, so Tharoor, durch eine gemeinsame Ethnizität noch durch eine gemeinsame Sprache - es gibt 17 anerkannte Regionalsprachen und 35 Sprachen, die von mehr als einer Million Menschen gesprochen werden (daneben noch weitere 1.000 unterschiedliche Sprachgruppen) -, noch durch eine Religion geeint. Gleichwohl sei es zu einer Nation zusammengewachsen. Indien sei mehr als die Summe der Gruppen und Gegensätze. Nehru meinte, daß Indien durch starke unsichtbare Bande, durch den Mythos, durch den Traum und die Vision, also geistige Bande, zusammengehalten werde, die doch real, allgegenwärtig und überzeugend seien. Das sei, um Nehru zu zitieren, „the Idea of India“. Lange Zeit hindurch stellte sich diese „Idee Indien“ wie ein mixtum compositum von Nationalismus und Sozialismus dar. Heute meine ich, daß sich in der „Idee Indien“ das wirksam auf allen Ebenen praktizierte demokratische Prinzip in Verbindung mit dem säkular verfaßten Staat manifestiert, daß gegenüber den Realitäten von Ethnizität und Religion Toleranz und Respekt praktiziert und zum Gebot des Miteinander geworden ist. Die

<sup>2</sup>Tharoor, Shasht, „E Pluribus, India - Is Indian Modernity Working?“, in: *Foreign Affairs*, Februar 1998, S.128f.



so definierte „Idee Indien“ mag in der Wirklichkeit nicht immer und überall der Idealvorstellung entsprechen. Aber der demokratisch-parlamentarische Prozeß wird diese Grundidee immer wieder hervorkehren und zur Geltung bringen. Indien ist ein pluralistisches Land, in dem die Mannigfaltigkeit so normal, so natürlich ist wie Sonnenschein für die Erde. Daher kann es keine attraktive Alternative zur demokratischen und säkularen Struktur des Landes geben. Indien beruht auf der demokratischen Bildung des Konsens und auf der Fähigkeit, auch ohne diesen Konsens eine Zeitlang zu überleben. Es ist ein Land, das der kontroversen Herausforderung gegenüber offen ist. Es ist weniger als andere Staaten durch die Demonstration von Macht oder durch Produkte und die Leistungsfähigkeit des Auslands zu beeindrucken.

In seinem Werk *Das Werden der Nation - Indien* hat der frühere deutsche Diplomat Wilhelm von Pochhammer<sup>3</sup> die Dimension der Aufgabe beschrieben, welche die Unabhängigkeitsbewegung des National Congress nach Errichtung des unabhängigen Indien 1947 als landesweit präse, staatstragende Partei bewältigen mußte.

Es mußte aus der Bevölkerung der britischen Kolonie und von mehr als 500 unabhängigen Fürstentümern, die durch Verträge mit der britischen Krone verbunden waren, eine Nation, ein Staatsvolk herangebildet werden - bei Wahrung der ethnischen, der religiösen Identität, aber unter gleichzeitiger Beseitigung der rechtlichen und sozialen Folgen des überkommenen, in der Verfassung beseitigten Kastenwesens. Das Ausland hat die Schwachstellen dieses Prozesses stärker gesehen als die Dimension der Aufgabe, an der alles Bemühen zu messen war und ist. Das Ausland hat die Defizite stets als Schwächen der indischen Demokratie, der indischen Nation, der indischen Zivilisation angesehen.

Das vielschichtige, vorwiegend negative Bild Indiens in den westlichen Perzeptionen ist einerseits auf die Rolle Indiens während des Kalten Krieges und andererseits auf die Beurteilung des dirigistischen, mit Planelementen durchsetzten wirtschaftspolitischen Kurses Indiens zurückzuführen, in dem der Autarkiegedanke eine große Rolle spielte. Indien hat in der Tat, von einer kurzen Phase des Übergangs abgesehen, ohne Not eine Wirtschaftspolitik verfolgt, deren Mißerfolge sich in der Knebelung der unternehmerischen Initiative, in der Fehleinschätzung der Wege zur Überwindung der Armut auf dem Lande mit der Folge der Slumbildung in den Großstädten und in der Abschottung Indiens vom Hauptstrom der globalen wirtschaftlichen Entwicklung manifestierten.

1990 beurteilte ein amerikanisches Wirtschaftsinstitut die wirtschaftspolitische Lage und Perspektive Indiens wie folgt:<sup>4</sup>

<sup>3</sup>Pochhammer, Wilhelm v., *Das Werden der Nation - Indien*, Schöningh-Verlag, Bremen, 1973.

<sup>4</sup>BDM Center for Technology and Public Policy, *Assessment of the Future Indian Business Environment*, Präsentation für das Ford Motor Company Policy and Strategy Committee, 7. Mai 1990.



Indien habe die Größe einer Supermacht, doch sei erst vor kurzem der Weg zur Modernisierung eingeschlagen worden. Ungeachtet des Anspruchs, die Politik eines ungebundenen Landes und die der Gewaltlosigkeit zu verfolgen, habe es Kriege mit China, Pakistan und anderen Staaten ausgetragen, zum Teil selbst initiiert. Es habe ein aufwendiges militärisches Modernisierungsprogramm eingeleitet und sich aufs engste mit der Sowjetunion verbündet. Von der Sowjetunion erwarte es Sicherheit, vom Westen Handel und Wirtschaftshilfe.

Auf der innenpolitischen Szene müsse Indien sich auf schwache Koalitionsregierungen abstützen, die nur das Ziel verfolgten, die Kongreßpartei zu schwächen. Trotz seiner verfassungsmäßig vorgesehenen parlamentarischen Demokratie werde es von einer Oligarchie regiert. Das Land weise ein beispielloses *mixtum compositum* von Rassen und Kulturen in seinen Unionsstaaten auf, in denen es kontinuierlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen komme. Ungeachtet der verbreiteten Armut weise das Land doch auch eine schnell wachsende Mittelschicht auf. Die indische Führung wolle regionale Dominanz erreichen, die innere Lage stabilisieren, wirtschaftliche Autarkie und einen Supermachtstatus erreichen. In Indien sei eine der am stärksten regulierten Wirtschaften entstanden, die Auslandsinvestitionen in Indien und Einfuhren drossle. Es habe einen der höchsten Zollsätze. Angesichts der schwachen Devisenreserven habe Rajiv Gandhi Mitte der achtziger Jahre eine Förderung der Exportwirtschaft und einige andere Liberalisierungsmaßnahmen beschlossen.

Die vorstehende Beurteilung ist exemplarisch für die im Westen lange Zeit hindurch vorherrschende Einschätzung Indiens. Durchaus richtiges wird durch Stereotypen ergänzt, die sich in die westliche Perzeption Indiens fast unausrottbar eingenistet zu haben scheinen. Man fragt sich, warum das so ist, denn ohne Frage gab es in Indien nach der indischen Verfassung und der Verfassungswirklichkeit auch in Zeiten drückender politischer Vorherrschaft der Kongreßpartei im öffentlichen Geschehen demokratische Strukturen in einem Ausmaß, das in keiner anderen ehemaligen Kolonie irgendeines europäischen Landes anzutreffen war und ist.

## 2 Die USA und Indien

Die Anfänge der westlichen Vorbehalte gegenüber Indien gehen auf die komplexbeladene Entwicklung der amerikanischen Beziehungen zu den beiden Nachfolgestaaten auf dem indischen Subkontinent zurück, Indien und Pakistan. Robert J. McMahon untersucht in seinem Buch *The Cold War on the*



*Periphery - The United States, India and Pakistan (1947-1985)*<sup>5</sup> aufgrund jetzt zugänglicher Dokumente in britischen und amerikanischen Staatsarchiven die wechselvolle Geschichte dieser Beziehungen, deren Grundmuster mit der Verweigerung eines Milliardenkredits für Indien bei Nehrus Staatsbesuch in Washington im Jahre 1951 und mit der Bereitstellung militärischer Ausrüstung an Pakistan nach dem Besuch des pakistanischen Staatspräsidenten in der amerikanischen Hauptstadt im gleichen Jahr gelegt wurde. Pakistan hatte den Beitrittsbeschluß des Maharadschas von Jammu und Kaschmir zu Indien im Jahre 1947 nicht anerkannt und diesen Standpunkt auch nach Abschluß des Waffenstillstandsabkommens von 1948 nach dem ersten pakistanisch-indischen Krieg nicht aufgegeben. Die USA betrachteten Pakistan als einen wichtigen Stützpfeiler für die Sicherung Südwestasiens (also des Raumes um den Persischen Golf) gegen eine sowjetische Bedrohung und meinten, Indien davon überzeugen zu können, daß die militärische Zusammenarbeit der USA mit Pakistan keine Benachteiligung Indiens bedeute. Die Vermittlungsversuche der USA und Großbritanniens in Kaschmir, die letztlich auf eine Preisgabe des Landes an Pakistan oder auf eine Volksbefragung hinauslaufen würden, für die es bei der Zuordnung einzelner Gebiete der britischen Kolonie zu Indien oder Pakistan auf dem indischen Subkontinent keinen Präzedenzfall gab, scheiterten. Bezüglich der politischen Zuordnung der Fürstentümer zu Indien oder Pakistan war bei der Vorbereitung der Unabhängigkeit festgelegt worden, daß die Fürsten darüber in eigener Verantwortung entscheiden würden.

Die hier skizzierte Orientierung der amerikanischen Politik gegenüber Indien und Pakistan hat tiefe Risse im Verhältnis zwischen den USA und Indien entstehen lassen, die bis heute nachwirken. Noch 1993 bezeichnete eine hohe Beamtin des amerikanischen Außenministeriums die Kaschmirfrage als eine offene internationale Frage. Erst später korrigierte Washington diese Linie in dem Sinne, daß die Frage im bilateralen Verhältnis zwischen Indien und Pakistan auf der Grundlage des Simla-Abkommens von 1972 geregelt werden müsse. Spannungen und Zusammenarbeit lösten einander im amerikanisch-indischen Verhältnis in rascher Folge ab: Die sowjetisch-indische Annäherung im Jahre 1955 beantworteten die USA mit massiver Wirtschaftshilfe, die bis in die sechziger Jahre andauerte und während der Regierung Kennedy und der Botschafterrolle von Galbraith in Indien ihren Höhepunkt hatte. Die militärische Besetzung der portugiesischen Kolonie Goa durch Indien Anfang der sechziger Jahre beeinträchtigte diese Aufwärtsbewegung, die aber bei dem chinesischen Angriff in Nordost- und Nordwestindien im Herbst 1962 auf dringenden indischen Wunsch zu amerikanischen Militärhilfeangeboten führte. Dem stand aber auf der anderen Seite die sicherheitspolitische Hinwendung In-

---

<sup>5</sup>McMahon, Robert J., *The Cold War on the Periphery - The United States, India and Pakistan*, Columbia University Press, New York, 1994.



diens zum sowjetischen Partner mit dem Abschluß des sowjetisch-indischen Freundschafts- und Kooperationsabkommens im Jahre 1971 gegenüber. Dazu kam dann auch die Einbeziehung des indisch-sowjetischen Handelsverkehrs in die Weichwährungsregelungen der Sowjetunion mit den Mitgliedern des Sowjetblocks. Erdöl und Waffen erreichten nun den indischen Subkontinent in großen Mengen zu relativ günstigen Preisen und Bedingungen. Ein Drittel des indischen Außenhandels entfiel schließlich auf den Handelsaustausch mit dem Sowjetblock. Die strategische Annäherung zwischen den USA und der Volksrepublik China nach der Beendigung des Vietnamkonflikts und die indische Unterstützung für die Sowjetunion nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 verstärkten die indisch-amerikanische Entfremdung, die auf der internationalen Bühne - vor allem in den Vereinten Nationen - ihre Ergänzung in einem ständigen diplomatischen und politischen Schlagabtausch zwischen den USA und Indien fanden.

Nach Auffassung von Robert McMahon hätte es bei einer Prioritätsentscheidung der Vereinigten Staaten zugunsten von Indien als wichtigstem westlichen Partner im südlichen Asien zu einer durchaus beständigen strategischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten kommen können. Einzuräumen bleibt allerdings, daß sich Indien auch im Falle einer solchen grundlegenden Verständigung nie einseitig und umfassend mit dem Westen verbunden hätte. Indien kann nur als gleichberechtigter Partner - auch im Entscheidungsprozeß - gewonnen werden. Das gilt auch für das heutige Beziehungsgeflecht Indiens mit den USA, Europa, Rußland und China.

Anzumerken bleibt auch, daß es sich beim Entschluß der USA, in erster Linie mit Pakistan zusammenzuarbeiten, primär um eine Prioritätenentscheidung für die Bedeutung des Raumes um den Persischen Golf herum handelte, und nicht um eine Parteinahme der USA für Pakistan gegen Indien. Das war vielmehr die unerfreuliche, aber eben folgenschwere Nebenwirkung dieses Entschlusses zugunsten des Bündnisses mit Pakistan. Der indische Subkontinent hatte während des Kalten Krieges für die USA nicht die gleiche strategische Bedeutung wie der Raum um den Persischen Golf, also Südwestasien. Heute sieht das etwas anders aus.

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist eine gewisse Entspannung im Verhältnis zwischen dem Westen und Indien eingetreten, ungeachtet des Umstandes, daß die indische Verweigerung der vertraglichen Einbindung in den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag und in den Vertrag über die vollständige Beendigung von Nukleartests im Westen auf Ablehnung und teilweise auf Unverständnis stößt. Die Verbesserung in den Beziehungen hat sehr viel mit der im Sommer 1991 eingeleiteten Liberalisierung der indischen Wirtschaft und der Bedeutung des indischen Marktes für die westlichen Industrieländer zu tun. Die Bewegung der Blockfreien, die für viele westliche Länder ein politi-



sches Ärgernis war, hat ihre Bedeutung als antiwestliche Solidargemeinschaft verloren.

Neben den Fragen der nuklearen Abrüstung, bei denen Indien auf einem fristengebundenen Abbau aller Waffen beharrt und die USA sowie andere Staaten ein Einfrieren der Nuklearrüstungsanstrengungen der Verweigerungsländer Israel, Pakistan und Indien anstreben, stehen auf der Tagesordnung des indisch-amerikanischen, ja des indisch-westlichen Dialogs die Fragen der Weltwirtschaft, des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Rio-Gipfels von 1992, aber auch die anstehende, jedoch immer wieder verschobene Reform des VN-Sicherheitsrates. Indien fordert bei einer Erweiterung des Kreises der Ständigen Mitglieder mit Vetorecht für sich einen solchen Sitz. Indien hält den jetzigen Kreis der Vetomächte für obsolet und wünscht die Beteiligung der Länder, die in den vergangenen Jahrzehnten zu führenden Wirtschaftsmächten und regionalen Schlüsselstaaten geworden sind.

Es hat aber dafür - auch im Windschatten des pakistanisch-indischen Spannungsverhältnisses - nur eine unzureichende Unterstützung im asiatischen Raum. Mit einer Politik der guten Nachbarschaft will Indien diesen negativen Tendenzen begegnen. Kann es im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Prosperität mit Pakistan einen *modus vivendi* geben? Die innenpolitischen Konstellationen in Indien und in Pakistan scheinen nicht günstig dafür zu sein. Gleichwohl: Ausländische Direktinvestitionen hängen nicht nur von den Chancen in den Märkten ab, sondern auch von dem Vertrauen in stabile innen- und außenpolitische Konstellationen. Handlungsbedarf ist gegeben. Westliche Empfehlungen in dieser Richtung werden immer wieder vorgebracht werden.

Unter den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans entwickelt sich - analog zum Regionalen Forum in Südostasien - ein politischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Dialog substrategischen Charakters, an dem in Grenzen auch die USA beteiligt werden. Das Umdenken in westlichen Instituten und Regierungen über eine sich abzeichnende konstruktive Rolle Indiens im asiatischen Raum hat begonnen.

Eine dramatische Wende hat die Perzeption Indiens in den westlichen Ländern nach der Durchführung von fünf unterirdischen Nuklearversuchen in der Wüste von Rajasthan erfahren, Versuche, die am 11. und 13. Mai 1998 mit dem Ziel unternommen wurden, Indien in die Lage zu versetzen, die nach dem von ihm bislang nicht unterzeichneten internationalen Abkommen über das Verbot aller Nuklearversuche doch noch möglichen computergestützten Simulationen durchführen zu können. Indien ist *de facto* zu einer - wenn auch bislang vertraglich nicht anerkannten - Nuklearmacht geworden. Die Wahrscheinlichkeit, daß Pakistan folgt, ist hoch einzuschätzen. In strategischer Hinsicht wird die Vervollständigung und Weiterführung des Aufbaus nuklearer Waffenfähigkeit mit der Bedrohung durch das chinesische Poten-



tial und die in Pakistan vermutete, mit chinesischer Hilfe aufgebaute Nuklearkapazität begründet. Pakistan hatte im März eine Mittelstreckenrakete getestet, die zum Abschluß von Nuklearraketenköpfen geeignet ist. Indien hat mit den Nuklearversuchen keine von dem Land ratifizierten internationalen Abkommen verletzt, sich aber in allen Teilen der Welt massiver politischer Kritik ausgesetzt, die durchzustehen Indien fest entschlossen und auch in der Lage ist, da es keine offensive Außen- und Sicherheits- sowie Verteidigungspolitik verfolgt. Indien fordert den terminlich fixierten, international kontrollierten Abbau aller Nuklearwaffen und eine Revision des VN-Sicherheitsrates, dessen heutige Ständige Mitglieder sich aus den wichtigsten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges zusammensetzen, die nach dem unbefristet verlängerten VN-Nichtverbreitungsvertrag die einzigen vertraglich legitimierte Nuklearmächte sind. Indien strebt die internationale Gleichstellung mit dem chinesischen Nachbarn an und fordert deshalb für sich einen Ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat. Derzeit sind die Aussichten für eine Verständigung über diese Grundsätze der VN-Strukturreform gering.

In den Vereinigten Staaten ist der Präsident aufgrund eines Gesetzes von 1994 zu Sanktionen gegen jedes Land verpflichtet, das zur nuklearen Proliferation beiträgt, selbst wenn es keinen Vertragsbruch begeht. Jetzt sind die Auffassungen über die internationalen Implikationen der indischen Aktionen noch recht unübersichtlich. Wie kann die Einbindung Indiens in die Zusammenarbeit zwischen den Nuklearmächten erreicht werden? Hat dann Gleiches mit Pakistan zu geschehen? China hat den Vertrag über die VN-Nichtverbreitung erst im Jahre 1996 unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten werden Sanktionen welchen Härtegrades auch immer verhängen und damit ein weiteres Kapitel der Entfremdung zwischen den USA und Indien in Fragen der internationalen Politik einläuten, aber sie werden die Entfaltung privatwirtschaftlicher Aktivitäten - ausgenommen Hochtechnologie - nicht verhindern können und wollen. Sie werden bei den Sanktionen außer der politischen Verurteilung kaum Unterstützung auf der internationalen Bühne erhalten. Wie im Jahre 1960 die USA aus Gründen der prioritären Befassung mit der sowjetischen Bedrohung der Zusammenarbeit mit Pakistan den Vorrang eingeräumt haben, so kann auch jetzt wieder wegen eines konkurrierenden politischen Prinzips die Entfremdung ihren Lauf nehmen, ungeachtet der vielfältigen sicherheitspolitischen Gemeinsamkeiten.



### 3 50 Jahre unabhängiges Indien - in der Sicht des Westens

Anlässlich des 50jährigen Bestehens der beiden unabhängigen Nachfolgestaaten Indien und Pakistan auf dem Gebiet der früheren britischen Kronkolonie ist Südasien etwas stärker in das Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit geraten. Die Liberalisierung der indischen Wirtschaft wird allgemein begrüßt. Aber dem Bewußtsein der interessierten Öffentlichkeit entzieht sich in hohem Maße Verständnis für die indische Position in internationalen Fragen und beim Kaschmirkonflikt. Der äußere Anschein deutet für die westlichen Beobachter auf gewaltsame indische Unterdrückungsmaßnahmen gegen eine rebellierende, nach Unabhängigkeit strebende muslimische Bevölkerung hin. Der Eindruck ist nicht ganz falsch, aber die Öffentlichkeit verdrängt gleichzeitig die pakistanische Verantwortung für die Einschleusung von „Freiheitskämpfern“ und deren Training auf pakistanischem Gebiet. Die pakistanische Unterstützung bringt die nach genuiner Unabhängigkeit strebenden Kaschmiris um keinen Deut diesem Ziel näher, da Pakistan nur und ausschließlich die Inkorporation der Provinz in den pakistanischen Staatsverband im Sinne hat. Ohne pakistanische militärische Unterstützung der Anti-New-Delhi-Bewegung wäre es wahrscheinlich längst zu einer Verständigung über eine extensive Auslegung der Autonomievorgaben des Artikels 370 der indischen Verfassung gekommen. Pakistan wird Jammu-Kaschmir unter keinen Umständen die völlige Selbständigkeit geben wollen. Die Optimierung der Autonomie ist auf friedlichem Wege mit Indien hingegen durchaus möglich.

Der Aufstand und die politischen Auseinandersetzungen zehren an den Ressourcen der Konfliktparteien, beeinträchtigen die Aussichten darauf, im Rahmen der Südasienkooperation (SAARC) das Projekt der Freihandelszone zu realisieren und Indien angesichts seiner Größe und Bedeutung in die internationalen Konsultationsmechanismen auf hohem Niveau einzubeziehen (APEC, Asiatisches Regionalforum, VN-Sicherheitsrat, Asiatisch-Europäischer Gipfel).

Indiens Anteil am Welthandel ist in den vergangenen zehn Jahren von 0,5 auf etwa 1 Prozent gewachsen, seine Wirtschaftskraft steigt jährlich um fünf bis sieben Prozent. Indien konnte sich weitgehend aus der asiatischen Finanzkrise 1997/98 heraushalten, da seine Währungsreserven weit über dem Volumen der kurzfristigen Verschuldung liegen und die Konvertibilität der Rupie im Kapitalverkehr noch nicht vollständig gegeben ist.

Dank der landesweiten Verbreitung der englischen Sprache hat Indien unmittelbaren Zugang, ja auch aktiven Anteil am globalen politischen, akademischen, wissenschaftlichen und literarischen Dialog in englischer Sprache. So ist es nicht überraschend, daß Indien mit seiner leistungsfähigen Softwareindustrie in die Weltspitze dieser Hochtechnologie vorstoßen konnte.



Auch über Ansätze, die auf eine mittelfristige Beseitigung des Armutsproblems auf dem Lande hindeuten, vor allem im Wege der leistungsfähigeren, jetzt verfassungsmäßig gesicherten selbstverantwortlichen lokalen Selbstverwaltung unter Einschluß der verfassungsmäßig verankerten Beteiligung der Frauen und unteren Kasten, wird in den westlichen Medien heute objektiver berichtet.

Kommunale, also religiöse Spannungen, Zweifel an der Demokratiefähigkeit der hinduistischen Partei BJP mit dem Akzent auf sichtbaren Manifestationen der hinduistischen Strukturen in der Staatspraxis, aber auch Armutsprobleme halten sich in der öffentlichen Wahrnehmung des Westens heute die Waage mit der Anerkennung für die stabilen demokratischen Strukturen, die zunehmende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ausgewogene außenpolitische Aktivität selbst in den kritischen Fragen der nuklearen Abrüstung und in bezug auf Kaschmir.

So überrascht es nicht, daß die Bundesregierung in Verfolg ihrer Asieninitiativen seit dem Hochsommer 1993 ähnliche Schritte der Europäischen Kommission auslösen konnte, die Zusammenarbeit mit Indien wie auch mit anderen Staaten der Region auf vielen politischen und wirtschaftlichen Gebieten auszudehnen und zu vertiefen. Die Länder der Europäischen Union sind zusammen genommen mit einem Anteil von 40 Prozent die wichtigsten Handelspartner Indiens. Die veränderte westliche Perzeption Indiens - im Vergleich zu den Zeiten des Kalten Krieges - spiegelt sich im Wachstum von Handel und Wandel wider.

In den USA hat es in jüngerer Zeit eine Reihe von Initiativen mit dem Ziel gegeben, mit Indien eine Annäherung divergierender Positionen in Fragen der internationalen Sicherheit und Abrüstung sowie Rüstungskontrolle und in anderen internationalen Fragen herbeizuführen und damit die beiderseitigen Beziehungen auf verlässlichere Grundlagen zu stellen. Die den Demokraten nahestehende Carnegie-Stiftung hat vor drei Jahren eine solche Studie *India and America* veröffentlicht, an deren Erarbeitung auch Senator Solarz - ein Südasienexperte - mitwirkte. Der Bericht charakterisiert Indien als eines der „Schlachtfelder zwischen Säkularismus und militantem Fundamentalismus“. Der Bericht erschien kurz nach dem Ayodhya-Zwischenfall (Dezember 1992). Unter diesem Eindruck erwartete der Bericht eine Welle von religiös bestimmten Konfrontationen in Indien. Gleichwohl plädiert der Bericht für eine Revision des VN-Sicherheitsrates und fordert die Aufnahme Indiens in den Kreis der Ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates, und zwar zusammen mit Brasilien, Deutschland, Japan, Nigeria. In erstaunlicher Offenheit setzt der Bericht sich dafür ein, daß Indien angesichts des Nuklearstatus Chinas als ein Land mit einer nuklearen militärischen Option anerkannt werden sollte. Damit sollte ein Einfrieren der Produktion spaltbaren Materials auf dem jetzigen Stand einhergehen. Das solle auch für Pakistan gelten. Das begrenzte Ausmaß



des Entgegenkommens der Studie wird mit der Forderung demonstriert, die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit auf diesen Gebieten (einschließlich Raketentechnik) mit Indien weiterhin zu unterbinden. Die Studie fordert noch die inzwischen in Indien gebildete unabhängige Menschenrechtskommission angesichts fortdauernder Übergriffe im Polizeigewahrsam und in den Gefängnissen, ganz zu schweigen von Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir. Die Studie spricht die Möglichkeit eines Vermittlungsversuchs in der Kaschmirfrage nicht an, auch nicht die früheren Ideen einer nuklearfreien Zone, deren Realitätsbezogenheit wegen des unberücksichtigten Chinafaktors außerordentlich gering war. Die Studie, die auch das wirtschaftliche Wachstumspotential Indiens anspricht, kommt eindeutig zu der Empfehlung an die Vereinigten Staaten, in diesem Raum in erster Linie auf Indien zu setzen, ohne damit etwa einer antipakistanischen Linie das Wort zu reden.

Eine begrenzte strategische Zusammenarbeit im Indischen Ozean zwischen den USA und Indien zeichnet sich ab. Ramesh Thakur (Australian National University) führt diese Perspektive in seinem Aufsatz „India and the United States - A Triumph of Hope over Experience“<sup>6</sup> auf folgende Faktoren zurück:

- (1) Die Auflösung der Sowjetunion zerstörte die Basis der indischen Sicherheits- und Militärpolitik und beseitigte ein bedeutendes Hindernis in den Beziehungen USA - Indien. Bis dahin konnte Indien seine Non-Alignment-Policy dadurch demonstrieren, daß die Bindung an Moskau zu keiner Feindschaft mit den USA geführt hatte und daß bei wesentlicher Verschlechterung der Beziehungen zu Washington die Sicherung durch Moskau immer noch gegeben war.
- (2) Heute ist Indien wegen der singulären Stellung der USA als einziger Weltmacht besorgt; Moskau und Washington können nun zusammenarbeiten, aber die Gegnerschaft der USA zu den Freunden der Sowjetunion, also u.a. zu Indien, hörte auch auf, ein Faktor in den indisch-amerikanischen Beziehungen zu sein. Darüber hinaus änderte der gerade ins Amt gewählte indische Ministerpräsident Narasimha Rao im Juni 1991 den Wirtschaftskurs. In Reaktion auf die veränderte internationale Lage wird diese Wirtschaftspolitik mit erheblichem Erfolg fortgesetzt, auch wenn sie in wichtigen Sektoren verlangsamt wurde.
- (3) Die militärische Kooperation zwischen Indien und Washington war stets von Enttäuschungen begleitet. Als Hauptinteressengebiet für eine begrenzte militärische Zusammenarbeit könnte sich der Raum um den Indischen Ozean erweisen.
- (4) Die Rolle der USA in der indischen Wirtschaftsentwicklung ist bedeutsam: Handelspartner und Investor Nr. 1. Die USA haben Indien als

---

<sup>6</sup>Thakur, Ramesh, „India and the United States - A Triumph of Hope over Experience“, in: *Asian Survey*, Juni 1996.



eines der zehn Gebiete identifiziert, die zu „emerging markets“ erklärt wurden. Indien ist für Washington auch wichtig, um China und Japan in der Balance zu halten.

- (5) Wegen der Gefahren des islamischen Fundamentalismus und der Frontstellung Indiens dazu gewinnt Indien als Partner für die USA an Bedeutung und verliert Pakistan, das beim Afghanistankonflikt noch einmal sehr bedeutsam wurde, an Wichtigkeit. Hinzu kommen Belastungen in den Beziehungen zu Pakistan wegen der militärpolitischen Beziehungen Islamabad zu Beijing. Auch der Verdacht pakistanischer Involviertheit im internationalen Terrorismus und illegalen Drogenhandel hält sich hartnäckig.
- (6) Indien, Moskau und Washington haben ein Interesse daran, daß es zu keinem Konflikt Indien - Pakistan kommt, daß in Indien Marktwirtschaft und Demokratie weiter wachsen und der Fundamentalismus unter Kontrolle gehalten werden kann.

In den USA, wohin in jedem Jahr 25.000 Inder auswandern, ist die „Indian Community“ nach der „Japanese Community“ noch vor der „average American family“ die am besten verdienende Gruppe (60.000 US-Dollar im Jahre 1995). Es gibt 5.000 Professoren aus Indien an amerikanischen Universitäten. Sie spielen eine aktive politische Rolle in verschiedenen Bundesländern. Mehr als 50.000 Inder sind auf der lokalen Ebene politisch aktiv (Kalifornien, New Jersey, Texas, Illinois, New York).

Die USA haben Indien als Bastion einer gut funktionierenden Demokratie wiederentdeckt. Indien wird als wirtschaftspolitisch liberal und als unabhängiger Machtfaktor eingestuft, der durchaus ein stabilisierender Faktor in der Region sein kann. Es könnte amerikanische Interessen eher berücksichtigen als stören. Die USA haben die Maßnahmen der Zentralregierung im Punjab und in Kaschmir „gedeckt“. Problematisch bleiben in amerikanischen Augen die Risiken der indischen und pakistanischen Nuklear- und Raketenprogramme, Probleme der Beachtung der Menschenrechte und Fragen des Schutzes geistigen Eigentums. Heute sind die USA mehr am Einfrieren der nuklearen Potentiale in Indien und Pakistan interessiert als an der Beseitigung der nuklearen Option, die nicht erreichbar ist. Die indische Beschwerdeliste gegenüber den USA und vielfach auch gegenüber anderen westlichen Staaten umfaßt die fortbestehende Begrenzung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, den US-Druck auf Rußland wegen der eventuellen Weitergabe russischer Hochtechnologie an New Delhi im Steuerungsbereich von Weltraumraketen und die indische Forderung nach fristgebundener Nuklearwaffenabrüstung sowie die Reform des VN-Sicherheitsrats (Aufnahme neuer Ständiger Mitglieder, u.a. Indien).



## 4 Deutsche Perzeptionen des heutigen Indien

Die kulturellen Verbindungen zwischen Deutschland und Indien stellen neben den Wirtschaftsbeziehungen, die mit dem Haus Fugger aus Augsburg im 16. Jahrhundert begannen, die wichtigste Komponente in der deutschen Perzeption Indiens dar. Das wird nicht nur von Deutschen so wahrgenommen, sondern von Indien selbst immer wieder ins Gespräch gebracht. In der 1992 vom Institute for Media Communications, New Delhi, veröffentlichten Arbeit des indischen Germanisten R.V. Ranajpe (Universität Bombay) zum Thema „India in German Poetry“ heißt es:

Die Leistungen der deutschen Indologie sind weltweit anerkannt. Auf diesem Gebiet überragt Deutschland alle anderen Länder. Aber, was nun die Dichtung anbetrifft, so fragt man sich, welches Land wohl auf so viele große Dichter wie der deutschsprechende Raum hinweisen kann, die sich mit indischen Themen, Motiven so intensiv beschäftigt und sie in ihre Werke aufgenommen haben. Namen wie Goethe, Heine, Rückert, Stefan George, Hofmannsthal, Hesse, Rilke und Brecht haben mehr als nur ein Gedicht über Indien geschrieben.

Der in Deutschland vorhandene Enthusiasmus für Indien wäre ohne Herder nicht vorstellbar. Er steht am Anfang der deutsch-indischen kulturellen Beziehungen. Die Betrachtungsweise dieses Pfarrers aus dem 18. Jahrhundert und seine Unabhängigkeit von den Vorurteilen seiner Zeit sind beeindruckend. Er besaß die besondere Gabe, fremde Kulturen zu verstehen. Er hat mit der fremden Literatur des „Ostens“ die deutsche Literatur bereichert. Mit seinen Arbeiten sowie mit der Zeitschrift *Indische Bibliothek* von A.W. Schlegel und Friedrich Schlegels Arbeiten über die indischen Sprachen sind in Deutschland die Grundlagen der Indologie geschaffen worden.

Für die deutsche Romantik war Indien ein geistiges Paradies - die Brutstätte vieler Religionen, der Blumengarten aller Poesie und die Wiege der Menschheit und ihrer Kulturen. Ende des 19. Jahrhunderts erschloß sich auf diese Weise Deutschland auch den Buddhismus, ein Interesse, das bis heute fortbesteht. Schließlich erfaßt der Realismus auch die bislang vornehmlich idealistische und romantische Vorstellung Indiens.

Vor diesem Hintergrund und weniger vor dem der weltpolitischen Machtrealitäten hatte Deutschland sehr früh ein Ohr und viel Sympathie für das Ringen Indiens um seine Unabhängigkeit. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde der deutsche Orientalist Professor Gottlieb Wilhelm Leitner (1840-1899) Rektor des Government College in Lahore und gründete von dort aus die Punjab-Universität. Er veröffentlichte die Zeitschrift *Indian Public Opinion* und inspirierte eine ganze Generation junger Inder mit seiner Forderung nach Beendigung der Kolonialherrschaft und Errichtung eines unabhängigen indischen Staates. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es Verbindungen



zwischen sowjetischen, deutschen und indischen Kommunisten. 1927 besuchte Motilal Nehru mit seinem Sohn Jawaharlal Nehru, dem späteren Premierminister, als Vertreter der Nationalen Unabhängigkeitsbewegung, also des National Congress, Deutschland. Das erste Informationsbüro, eine Art Botschaft der Kongreßbewegung, wurde in Berlin gegründet. Der erste Direktor des Informationsbüros, A.C. Nambier, kam 1952 als erster Botschafter Indiens nach Deutschland zurück. Während des Zweiten Weltkriegs vertrat er in Berlin die Regierung Netaji Subhas Chandra Bose, der sich zu einem militärischen Unabhängigkeitskrieg gegen die britische Kolonialmacht entschlossen hatte und nach seinem Aufenthalt in Deutschland mit deutscher Hilfe nach Japan kam, dort aber Opfer eines Flugzeugunfalls wurde. Ebenfalls auf Veranlassung von Jawaharlal Nehru wurde 1929 das Indieninstitut an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gegründet - mit dem Ziel, indischen Studenten in Deutschland behilflich zu sein und in Deutschland Kenntnisse über Indien zu verbreiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Institut mit Hilfe der Taraknath-Das-Stiftung, New York, wieder gegründet. Dr. Franz Thierfelder war der Vorsitzende des Treffpunkts von Deutschen und Indern in München.

In den Jahrzehnten des Kalten Krieges unterstützte die Bundesrepublik Deutschland ungeachtet der Differenzen in wichtigen Fragen der internationalen Politik, vornehmlich hinsichtlich der sowjetischen Gefahr, den Prozeß der Nationwerdung Indiens und die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur im wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Bereich. Viele Jahre hindurch war Deutschland der wichtigste bilaterale Partner bei der indischen Entwicklungsplanung. Über 15 Mrd. DM für Entwicklungsprojekte sind über amtliche und nichtamtliche Einrichtungen nach Indien geflossen. Die mit deutscher Hilfe errichtete Technische Universität Madras (Chennai, Institute for Technology) gehört heute zu den fünf führenden Technologieinstituten des Landes.

Ungeachtet der positiven Grundhaltung in beiden Richtungen ist das in der deutschen Öffentlichkeit verbreitete Indienbild alles andere als ausgewogen oder gar positiv. Die Tagespresse konzentriert sich wie bei den Berichten über andere Teile der Welt darauf, jeweils nur zu berichten, wenn es sich um kritische Entwicklungen in Indien handelt. Der schweizerische Journalist und Südasienkorrespondent der *Neue Zürcher Zeitung* in New Delhi, Bernard Imhasly, hat 1998 eine Studie mit dem Titel „India in the Eyes of the German Speaking Media“ erarbeitet und kommt zu folgenden Ergebnissen:

- (1) Symptomatisch ist bei den deutschsprechenden Medien nach Auffassung indischer und pakistanischer Medienvertreter die Neigung zur Stereotype der Berichterstattung über Indien - mit Konzentration auf die Themen Armut, religiöser Fundamentalismus, Ausbeutung (Kinderarbeit, Stellung der Frau) und Exotik, im Ganzen also die Neigung zur Schwarz-Weiß-Malerei. Auch in Deutschland lebende Inder sind der Auffassung,



daß die deutsche Medienberichterstattung über Indien unausgewogen sei. Im großen und ganzen werde nur berichtet, wenn es sich um Sensationen handele, die darzustellen seien. Daraus hat sich in der deutschen Öffentlichkeit eine Meinung über Indien gebildet, die von Halbwahrheiten geprägt ist: Armut, Maharadschas, Fakire und Yogis, Religionskonflikte, Mitgiftopfer, Kastenrolle, daneben erscheinen noch Mahatma Gandhi, Mutter Theresa, heilige Kühe, Atombombe und Holzpflüge. Solche plakativen Bilder werden auch in bezug auf die anderen südasiatischen Staaten verbreitet, z.B. in einer Monatsschrift über Bangladesch mit Konzentration auf Flutkatastrophen und deren Opfer, Bevölkerungsexplosion, Armut und islamischen Fundamentalismus. Das Fernsehen, so der Schweizer Berichterstatte, steigere diese Einseitigkeit noch.

- (2) Der frühere Staatssekretär im indischen Außenministerium, J.N. Dixie, sprach bei einem Seminar im Jahre 1995 über die Mediensicht des heutigen Indien. Er meinte:

Die Auslandspresse beschreibt Indien als ein Land mit einem schlechten Menschenrechtsstandard. Das zeige sich, so die Auslandspresse, an Kinderarbeit, Ausbeutung der Frau, wie man an den Beispielen der Mitgiftmorde erkennen könne. Dazu komme das Fehlen jedweden Umweltbewußtseins, da wir es mit korrupten Politikern und Bürokraten zu tun haben. Indien sei ein Land, das seinen eigenen Hinterhof nicht in Ordnung bringen könne (Kaschmir) und das mit den Nachbarn nicht in Frieden leben könne. Deshalb stelle es sich der universellen Bewegung gegen nukleare Waffen entgegen und verschwende selbst Milliarden von US-Dollars für Nuklearwaffen, Raketen und Weltraumsatelliten.

- (3) Die indische politische Klasse betrachtet nach Imhalsy eine solche Berichterstattung als äußerst voreingenommen und unausgewogen. Das Auslandspressekorps in Indien umfaßt etwa 200 Korrespondenten - das größte Kontingent wird von den USA und Großbritannien gestellt. Es folgen die kontinentaleuropäischen Korrespondenten. Dazu kommen noch einige Korrespondenten aus Rußland, Japan, China und Australien. Als Fernsehsender sind vertreten BBC, CNN, ARD und der japanische NHK. Aus Deutschland sind in Indien Fernsehen, Radio, dpa und FAZ vertreten; ein weiterer Korrespondent schreibt für sechs deutsche Zeitungen, ein dritter für ostdeutsche Zeitungen. Einige Korrespondenten arbeiten von außerhalb über Indien.
- (4) Während in den fünfziger Jahren oft optimistisch über Indiens Aufbruch in die Unabhängigkeit und den Wohlstand berichtet wurde (Rourkela: *Tempel der Moderne*), traten später Ernüchterung und schließlich Enttäuschung ein, mit dem Höhepunkt beim Ayodhya-



Zwischenfall im Dezember 1992: „A war of religions threatens to split India“ - ein Religionskrieg, wie die Presse meint, der mit Flüchtlingsbewegungen, Terrorismus und wirtschaftlicher Instabilität bis nach Deutschland überschwappen könnte. Die Voreingenommenheiten manifestieren sich am stärksten bei der *Zeit*-Korrespondentin und beim FAZ-Korrespondenten. Die Voreingenommenheit geht einher mit dem immer noch in den Medien und Schulbüchern verwandten Begriff der „Dritten Welt“, einer Vorstellung, mit der die historischen und kulturellen Grundlagen der in diesen Teilen der Welt lebenden Völker und Zivilisationen ignoriert und dieser Teil der Welt in einen zweiten, in einen dritten Rang unter den Nationen der Welt relegiert wird.

- (5) Als sich nach der Einleitung der Wirtschaftsreformen das Interesse des Westens auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten Indiens verlagerte, wechselte auch der Grundton der Berichterstattung über Indien - so Imhalsly - z.B. bei der zahlenmäßigen Bezifferung der kaufkräftigen Mittelschicht. Sehr rasch schnellten die Zahlen in die Höhe. Am Ende, so der Korrespondent, bestimmen persönliche Einstellungen, Stimmungen, aber auch der Zustand der eigenen Leserschaft die Auswahl der Themen und den Tenor der Berichterstattung.

## 5 Zusammenfassung

Unter den Bedingungen des Kalten Krieges und seiner strategischen wie regionalen Frontenbildungen geriet die westliche Perzeption des unabhängigen und demokratischen Indien in eine Schiefelage, aus der es sich nach Einleitung der indischen Liberalisierung im Jahre 1991 langsam befreit. Von entscheidender Bedeutung für die Schlüsselbeziehungen - die der Vereinigten Staaten mit Indien - war die amerikanische Option für Pakistan Anfang der fünfziger Jahre als wichtigstem Partner in dem strategisch höherwertig als Südasien eingeschätzten Südwestasien (Persischer Golf, Erdöl, Iran, Türkei). Nur von gelegentlichen Aufhellungen unterbrochen, beherrschte ein ständiges Spannungsverhältnis die beiderseitigen Perzeptionen. Die kritische Einstellung Indiens als Sprecher der ungebundenen Länder gegenüber den USA, Indiens planwirtschaftliche Orientierung und schließlich die enge wirtschaftliche, rüstungswirtschaftliche und strategische Zusammenarbeit Indiens mit der Sowjetunion schufen das Negativbild, das sich bis zu der Meinung hin verdichtete, daß die indische Wirtschaft nicht konkurrenzfähig sei und daß die Armut nicht überwunden werden könne. Die kritische Einstellung findet Bestätigung durch tradierte Vorurteile vor allem britischer Provenienz, daß in Indien kein indisches Staatsvolk entstehen und auch keine geordnete Demokratie und Staatsverwaltung herangebildet werden könnten. Heute haben die USA Indien als prioritären Partner und als wichtigstes Land in



Südasiens anerkannt. Sie streben ein auch in die substrategischen Interessen hinein wirkendes Beziehungsgeflecht mit einem Indien an, das mit seinen demokratischen Strukturen und seiner marktwirtschaftlichen Orientierung eine regionale Ordnungsmacht sein kann. Es wird als ein Land mit erheblichem Eigengewicht in dem Kräftespiel zwischen den USA, China, Indien, Japan, Rußland und Europa in Asien anerkannt. Die USA unterstützen die Mitgliedschaft Indiens und bestimmter anderer Länder als Ständige Mitgliedstaaten des VN-Sicherheitsrates.

Deutschlands Einstellung zu Indien ist zum einen durch eine fast emotionelle kulturelle Bindung zu und mit Indien und seinen kulturellen und zivilisatorischen Grundlagen bestimmt. Auch nach indischem Urteil haben deutsche Sprach- und Kulturforscher sehr viel zur Wiederentdeckung der kulturellen Quellen Indiens im 18. und 19. Jahrhundert beigetragen (Sanskrit und abgeleitete Sprachen, aber auch dravidische Sprachen). Zum anderen hat Deutschland die indischen Unabhängigkeitsbestrebungen im akademischen und wirtschaftlichen Bereich frühzeitig erkannt und gefördert. Es gehörte deshalb auch zu den ersten Ländern, die sich mit Mitteln der Entwicklungskooperation um die Förderung des jungen Staates und der jungen Demokratie bemühten - vielleicht nicht immer mit den wirksamsten Maßnahmen, aber dies geschah ungeachtet des Spannungsverhältnisses auf der international-politischen Ebene. Deutschland hat sich von dem Kooperationskurs nie abbringen lassen. Dabei haben die Bemühungen auch eine Rolle gespielt, die Anerkennung des zweiten deutschen Staates, also der DDR, durch Indien so lange wie möglich hinauszuzögern. Die Bundesregierung hat die Anerkennung der DDR nach dem Abschluß des Grundlagenvertrags Anfang der siebziger Jahre selbst „autorisiert“. In der deutschen Medienberichterstattung überwiegt die skeptische Tonart nach einer ersten Welle des Enthusiasmus über die Unabhängigkeit und die Demokratieentwicklung. Erst die Liberalisierung der indischen Wirtschaftspolitik im Jahre 1991 leitet eine neue Phase mit einer ausgewogeneren Berichterstattung ein.